

## Minuten - Konferenz

Gem.-Rat Skaret erklärt, daß man in Österreich mit den Höchstpreisen die schlimmsten Erfahrungen gemacht habe, es habe den Anschein, als ob die Höchstpreise nur den Zweck hätten, die Ware unerschwinglich teuer zu machen. Die Gans sei ein Volksnahrungsmittel, da sie billiger sei als irgendeine Fleischsorte, auch das Fett der Gans sei billiger wie jedes andere Fett.

Die größte Zufuhr der Gänse nach Wien erfolgt aus Ungarn. Sollten hier Höchstpreise festgesetzt werden, so müßte dies im Einvernehmen mit Ungarn geschehen, da würden jedoch wieder Höchstpreise erzielt werden, die ungünstiger wären, wie bei freier Zufuhr auf dem Wiener Marke. Er spreche sich daher gegen die Einführung von Höchstpreisen für Gänse aus.

Auf eine Anfrage des Herrn Bürgermeisters erklärt Gem.-Rat Dechant, daß sich Gänse in Kühlhäusern drei bis vier Monate halten. Der Grund der Einlagerung sei hauptsächlich die Spekulation.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller fragt an, ob es nicht möglich wäre, dadurch dieser Spekulation entgegenzutreten, daß für die Einlagerung in den Kühlhäusern eine bestimmte Zeit festgesetzt werde.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt ebenfalls, daß bei der Festsetzung von Höchstpreisen im Einvernehmen mit Ungarn nicht viel zu erreichen sei. Werden die Höchstpreise bloß für Österreich festgesetzt, so wird dadurch die Einfuhr geschmälert. Ausfuhrverbote seien im allgemeinen zu begrüßen; er sei damit einverstanden, daß die Ausfuhr der Gänse verhindert werde.

Gem.-Rat Dechant erklärt, daß öffentliche Lagerhäuser, solange sie Platz haben, Lagerungen annehmen müssen. Wenn übrigens die Höchstpreise für Gänse nicht sofort erwirkt werden könnten, habe dies keinen Zweck, denn mit 31. Dezember 1914 höre die Nachfrage nach Gänsen auf.

Die Konferenz erklärt sich mit der Fassung der Resolution nach den erörterten Gesichtspunkten einverstanden.

Magistrats-Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer referiert über die Kohlenversorgung Wiens und führt aus, daß die Zufuhr der Kohle in der letzten Zeit zugenommen habe; eine große Schwierigkeit bereite jedoch die Abbeförderung der Kohle an die Konsumenten. Von der Heranziehung der Straßenbahn für diese Zwecke müsse deshalb abgesehen werden, da dieses Verkehrsmittel wegen der notwendigen Investitionen sehr teuer käme. Auch könne die notwendige Anlage nicht amortisiert werden. Ferner sei die Zeit für die Herstellungen zu kurz. Zur Verführung mit den Straßenbahnen müßten geeignete Plätze vorhanden sein; es bestehen bereits Depotlagerplätze, von welchen die Kohle mit den Straßenbahnen an die Verkaufsplätze verführt werden könnte. Von den bestehenden Plätzen kämen zunächst die Verkaufsplätze der Kokssektion der Länderbank in Betracht. Der Umsatz auf diesen Lagerplätzen sei bloß 20 t; auf diesen Lagerplätzen fehlen jedoch Brückenwagen und die Herstellung dieser Wagen sei sehr langwierig und kostspielig; jetzt werde die Kohle nach Maßstab verkauft. Eine Erweiterung dieser Verkaufsplätze sei nicht recht möglich, eine Neuerrichtung untunlich, da die notwendigen Investitionen nicht mit dem Erfolge im Einklange stünden.

Es war auch gedacht, die Kohle bei Nacht mittels Lowries der städtischen Straßenbahnen an bestimmte Plätze in der Stadt zu führen und an die Kohlenhändler abzugeben. Die Kohlenhändler eines bestimmten Gebietsteiles sollten sich vereinigen, das zugeführte Quantum übernehmen und unter sich aufteilen.

Eine Kohlenabladung mitten auf der Straße sei aber ungemein schwierig; auch seien die Kleinkohlenhändler nicht fähig, eine Organisation zu bilden. Was die Fuhrwerksbeistellung betrifft, müsse festgestellt werden, daß zu wenig Fuhrwerke vorhanden sind. Es sei richtig, daß am Nordbahnhof heuer mehr Kohle ausgeführt werde wie im Vorjahre; doch sei dies darauf zurückzuführen, daß jeder, der ein Behikel hat, vom Nordbahnhofe Kohle abhole. Er wurde nun in Erwägung gezogen, diesem Übelstande durch die Gemeinde selbst abzuhelfen. Unter Beschränkung der Straßenreinigung sollten 60 Wagen zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden, und zwar sollte dies durch die Genossenschaft der Fuhrwerksbesitzer ausgeführt werden.

Die Gemeinde habe sich außerdem an das Kriegsministerium gewendet, und von diesem sei das Brückentopf-Kommando aufgefordert worden, der Gemeinde Pferde heizustellen. Das Brückentopf-Kommando habe sich bereit erklärt, auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes für seine Zwecke Ochsengepanne zu requirieren und der Gemeinde Wien vorläufig 50 Pferdegepanne (je zwei Pferde mit Wagen und Kutscher) zu überlassen, allerdings nur nach Maßgabe der requirierten Ochsengepanne. Es stünden sodann im ganzen 110 Gepanne für die Kohlenverführung zur Verfügung. Erforderlichenfalls werde die Gemeinde vom Brückentopf-Kommando noch weitere Gepanne verlangen. Da es sich zumeist um requirierte Bauernpferde handle, könnten nur Fuhrer mit 3 t befördert werden, nicht wie mit den sonst verwendeten schweren Pferden 4 t, doch könne auf diese Weise dem dringendsten Bedarf abgeholfen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner meint, daß sich die Genossenschaft dieser Einrichtung bedienen könne.

Gem.-Rat Leitner ersucht, es sollen auch gewissen industriellen Unternehmungen, die wegen Mangel an Koks ihren Betrieb einstellen müssen, ebenfalls Wagen für die Kokszufuhr zur Verfügung gestellt werden.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß letzten Montag die Kohlennot, die durch den Mangel der Zufuhr entstanden war, geradezu entsetzlich gewesen sei. Es habe den Eindruck gemacht, als ob Spekulationsnachrichten der Großkohlenhändler im Zuge wären. Gepanne von Kleinkohlenhändlern in Wien seien vom Nordbahnhof leer zurückgekommen. Dieses Zurückhalten zu einer Zeit, wo versichert wird, daß genügend Kohle vorhanden sei, sei merkwürdig und auffallend. Es herrsche ein großer Mangel an Kutschern. Da nun bei den Fortifikationsarbeiten sehr viele Kutscher beschäftigt seien, möge in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich wäre, beim Brückentopf-Kommando durchzusetzen, daß diese Kutscher abgegeben würden, nicht bloß zur Kohlen-, sondern auch zur Warenzustellung.

Die Verkaufsplätze kämen im allgemeinen nur der unmittelbaren Umgebung zugute, auch sei der Verkaufsvorgang auf diesen Plätzen ein wenig erfreulicher.

Vize-Bürgermeister Hierhammer führt aus, daß auch ein Mangel an Auf- und Abladepersonal bestehe. Er sei ebenfalls der Meinung, daß vom Brückentopf-Kommando die Kutscher freigegeben werden sollten, vielleicht bloß auf die Dauer von drei bis vier Wochen; dadurch könnten 12.000 bis 14.000 Fuhrer an die Konsumenten gelangen. Kohle sei genügend vorhanden.

Ober-Kommissär Dr. Fastenbauer teilt mit, daß er bereits gestern vom Herrn Bürgermeister den Auftrag erhalten